

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 12. Dezember 1969

Blatt 3590

Fast eine Milliarde für Wohlfahrt

3. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen.

Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).

Einnahmen 235,337.600 Schilling, Ausgaben 969,695.200 Schilling.

Wien, 12.12. (RK) Die Wohlfahrts-Investitionen des Jahres 1970 bezeichnete Stadträtin Maria Jacobi als "die erste Tranche" des sozialistischen Arbeitsprogrammes für die kommenden fünf Jahre. Wichtigstes Vorhaben ist der Baubeginn für die "Stadt des Kindes". Die Planung ist soweit fortgeschritten, daß im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden kann. Der Gesamtaufwand wird allerdings erst nach abgeschlossener Detailprojektierung bestimmbar sein. Als Bauzeit werden zweieinhalb bis drei Jahre veranschlagt.

Im Jahr 1970 ist auch an eine neuerliche Ausweitung des Kontingents an Pflegeplätzen gedacht. Derzeit leben 1.821 Kinder bei Pflegeeltern. Die Pflegeplätze sollen auch besser dotiert werden, damit es den Kindern an nichts fehlt. Am 1. Jänner tritt außerdem eine interessante Regelung in Kraft: Für die Mütter von Großpflegefamilien wurde ein Ruhegeld geschaffen.

39 Millionen Schilling werden 1970 in den Bau von Kindertagesheimen investiert: Bei acht Heimen wird der Bau fortgesetzt, mit dem Neubau von fünf weiteren wird begonnen. Zu diesen fünf gehört ein besonderes Objekt: der Sonderkindergarten für den Norden Wiens auf dem Ringelseeplatz im 21. Bezirk.

./.

Die Vermehrung der Zahl der Plätze in den Kindertagesheimen (zirka 1.100 im Jahre 1969) wird auch nächstes Jahr weitergehen. Außerdem werden gerade jetzt und auch zu Beginn des nächsten Jahres weitere "mobile Kindergärten" in Betrieb genommen. Stadträtin Jacobi erwähnte die Bemühungen, bei Vorhandensein entsprechender Möglichkeiten zusätzliche provisorische Kindergartengruppen in Wohnhäusern einzurichten. Ein solcher Versuch läuft seit einiger Zeit, am 1. Jänner wird in der Großfeldsiedlung richtig damit begonnen. Insgesamt steht die Rubrik "Kindertagesheime" mit Ausgaben von rund 275 Millionen Schilling zu Buche.

Zur Kostenbeteiligung der Eltern stellte die Stadträtin fest, daß die Stadt Wien 220 Millionen Schilling für den Betrieb der Kindertagesheime zuschießen wird, das sind vier Fünftel der gesamten Kosten. Die Stadträtin begründete diesen Zuschuß mit der Feststellung, "daß die seelische Gesundheit der Wiener Kinder ein Gut ist, für das sich eine solche Ausgabe lohnt".

Bei der Erwachsenenfürsorge (Gesamtaufwand: 334 Millionen Schilling) legte die Stadträtin den Schwerpunkt auf die gesetzgeberische Arbeit des Jahres 1970: Es geht um die Schaffung eines Landes-Sozialhilfegesetzes. Der Bund hat darauf verzichtet, ein Fürsorgegrundsatz-Gesetz zu erlassen, die Materie ist den Ländern anheimgestellt. Es gibt auch schon einen Musterentwurf, den die Landessozialreferenten ausgearbeitet haben. Er ist die Grundlage des Wiener Entwurfes für die bevorstehenden Besprechungen im Wiener Magistrat. Ziel eines solchen Gesetzes ist es, allen jenen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Auch sollen bisher freiwillige Leistungen gesetzlich fundiert werden.

An zentraler Stelle stehen im Jahr 1970 die Pensionistenklubs sowie die Ausweitung der Aktion "Essen auf Rädern". Der scheinbare Rückgang in den Ansätzen für die Pensionistenklubs (minus 1,2 Millionen) ist darauf zurückzuführen, daß der Personalaufwand aus dieser Post herausgenommen wurde. Wehrscheinlich wird sich auch im nächsten Jahr die Zahl der Pensionistenklubs erhöhen, außerdem wird dort die Informationstätigkeit im Hinblick auf die Komplexe "Gesundheit" und "Sicherheit im Straßenverkehr" intensiviert werden.

Die Aktion "Essen auf Rädern", die erst gegen Ende 1969 angelaufen ist, wird Anfang 1970 auf volle Touren kommen. Derzeit betreuen 25 Zustell-Teams 620 Personen, 1.300 Anmeldungen liegen vor. In dieser Aktion arbeitet die Stadt Wien eng mit Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege zusammen.

Auch der Pensionistenausweis hat als "Geburtsdatum" seiner Gültigkeit den Beginn des Jahres 1970. Das kommende Jahr soll dazu bestimmt sein, die mit diesem Ausweis verbundenen Berechtigungen (zunächst verbilligte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel) zu erweitern. Die Stadträtin betonte den Grundsatz, daß der betagte Mensch dazu veranlaßt werden soll, so oft wie möglich seine Wohnung zu verlassen, um so der Einsamkeit zu entrinnen.

Das kommende Jahr wird in Simmering und Floridsdorf den Baubeginn für je ein neues Pensionistenheim bringen, nachdem vor wenigen Wochen eine Grundsteinlegung in Favoriten stattgefunden hat. Man rechnet pro Pensionistenheim mit durchschnittlichen Gestehungskosten von 55 bis 60 Millionen Schilling. Ubrigens stellt die Stadt Wien einen 25prozentigen Zuschuß zu den Betriebskosten der Heime zur Verfügung. Für 1970 macht dies etwa 3,5 Millionen Schilling aus. Für 1970 wird die Fertigstellung zweier neuer Pensionistenheime (3. und 19. Bezirk) erwartet. Dadurch und durch den ebenfalls nächstes Jahr zu vollendernden Zubau beim Pensionistenheim Föhrenhof werden 850 neue Plätze geschaffen.

Stadträtin Jacobi erklärte, die Stadt Wien werde auch im nächsten Jahr besonderen Wert auf die Entwicklung jener Dienste legen, die der Information besonderer Zielgruppen dienen soll wie etwa den Eltern zur Lösung von Erziehungsproblemen, den betagten Menschen oder solchen, die in besonders bedrängte Lebenslagen geraten. Der Aufbau von Beratungs- und Informationsdiensten ist eng mit der Ausweitung der Dienstleistungen verbunden (Forts).

Gesundheit durch Vorsorge

=====

3. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen. Referent Stadtrat
Dr. Otto Glück (ÖVP).

Einnahmen 1.188,006.600, Ausgaben 2.638,618.200 Schilling.

Wien, 12.12. (RK) In seiner Budgetrede stellte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück fest, daß die Vorsorgemedizin zu einem neuen Schwerpunkt in der Wiener Gesundheitspolitik geworden sei und in den letzten Jahren eine erfreuliche Renaissance erlebt habe. Ziel der prophylaktischen Medizin ist, die Gesundheit zu erhalten beziehungsweise das Auftreten von Krankheiten und Erbkrankheiten zu verhindern. Eine der großen Leistungen der modernen Medizin - die Verdoppelung der mittleren Lebenserwartung - ist mit Sicherheit auf die vorbeugende Medizin zurückzuführen.

Durch die großen Impfkationen in Wien konnte die folgen- schwere Kinderlähmung zum Verschwinden gebracht werden. Dieser erfreuliche Zustand werde allerdings nur zu erhalten sein, wenn auch in den kommenden Jahren eine entsprechende Impfbeteiligung der Bevölkerung erreicht werden könne. Im Jänner 1970 beginne eine neue Polio-Impfkation.

Neueingeführt, werde im kommenden Jahr eine Gammaglobulinprophylaxe für den Fall, daß in Kindergärten, Heimen und Schulen Hepatitisfälle auftreten. Mit Hilfe der Gammaglobulinbehandlung hoffe man Kleinraumpidemieen zum Erlöschen zu bringen, ohne das lang andauernde Sperrungen oder Einschränkungen des Betriebes notwendig würden.

Als Folge der intensiven Krebsaufklärung sei seit ver- gangenem Oktober ein besonders starker Andrang bei den Gesunden- untersuchungsstellen zu verzeichnen. Während man im laufenden Jahr nur eine Gesundenuntersuchungsstelle errichtet habe, werde man, um die Früherkennung des Krebses möglichst ranzutreiben, im kommenden Jahr im Allgemeinen Krankenhaus, im Franz- Josef-Spital und im Wilhelminenspital weitere derartige Unter-

suchungsstellen eröffnen. Mit den dann zur Verfügung stehenden sieben Gesundenuntersuchungsstellen werde vermutlich das Auslangen gefunden werden können.

Alarmierend für die Entwicklung der Tuberkulose in Wien sei die Tatsache, daß zwar die Zahl der an Tbc Verstorbenen wie auch die der chronisch Erkrankten konstant abnehme, die Zahl der Neuerkrankungen aber eher ansteige. Durch das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose habe sich eine entscheidende Ausweitung der Arbeit im Tuberkulosereferat ergeben. Die Zahl der Tuberkulosehilfsempfänger habe sich auf Grund des Gesetzes ebenso wie der Personenkreis, der untersucht werden müßte, stark vergrößert. Das Bazillenausscheidergesetz bringe es mit sich, daß jährlich rund 45.000 Personen mehr untersucht werden müßten.

Der schulärztlichen Betreuung solle mehr Bedeutung als bisher zukommen, wie auch eine Aufwertung des Schularztes unbedingt notwendig sei. Die Jugend müsse in stärkerem Maße als bisher über den gesundheitsschädlichen Einfluß von Alkohol, Nikotin und Rauschgift aufgeklärt werden, was unzweifelhaft mit einer Aufgabe des Schularztes sei. Das Problem der Rauschgiftkonsumation sei von gleicher Aktualität wie das des Jugendalkoholismus. In den letzten zwölf Monaten haben sich nachweislich 104 Jugendliche Opium selbst injiziert. Bei der anzunehmenden Dunkelziffer von eins zu zehn sind also bereits im heurigen Jahr rund 1.000 Jugendliche diesem Gift verfallen.

Stadtrat Dr. Glück kam dann auf die Wichtigkeit der Jugendzahnkliniken und einer jährlich zweimal durchzuführenden Kontrolle zu sprechen. Durch die kostenlose Verabreichung von Fluortabletten und die konstant durchgeführten Kontrollen sei die Behandlungsbedürftigkeit von 28 Prozent im Vorjahr auf 26,5 Prozent im heurigen Jahr abgesunken.

Gesunken sei auch die Säuglingssterblichkeit auf 2,5 Prozent, was sicher mit ein Erfolg der Schwangerenpaßaktion ist.

Alle in Wien geborenen Säuglinge werden seit kurzem in einem Laboratorium für angeborene Stoffwechselstörungen mit Hirnschadensfolge erfaßt. Durch diese Untersuchungen wurde in Wien ein Neugeborenes mit Histiidinämie entdeckt, was ein Unikat auf der ganzen Welt darstelle.

Weiter ausgebaut werde die Fürsorge für Psychohygiene und Alkoholranke, wobei es der von Laien durchgeführte Betreuungsdienst ermögliche, selbst stark behinderte Patienten noch im Heimpflege zu belassen. Derzeit werden von 54 aktiven Helfern über 200 stark behinderte Schützlinge im sozialen Gleichgewicht gehalten.

Ähnlich günstig wirke sich auch die intensive Nachbetreuung auf entlassene Geistesranke aus, weil eventuelle Krankheitsrückfälle zeitgerecht aufgefangen und einer rechtzeitigen Therapie zugeführt werden können.

Als eine wichtige prophylaktische Einrichtung bezeichnete Gesundheitsstadtrat Dr. Glück die Beratungsstelle für Familienplanung an der II. Universitäts-Frauenklinik. Die in Österreich jährlich durchgeführten rund 100.000 Abtreibungen können weder durch Strafgesetze, ja nicht einmal durch eine bedingte gesetzliche Freigabe des Abortus vermindert werden. Allein mit Hilfe der Familienplanung, beginnend mit der Sexualerziehung über die Eheberatung und Prüfung und Steuerung der Fruchtbarkeit könne man diesem, die Frauen oftmals schwer gefährdenden Unheil abhelfen. Eine Errichtung weiterer solcher Beratungsstellen werde sich sicher als notwendig erweisen. Zum Schluß dieses Kapitels sagte der Stadtrat, man denke daran, in Wien einen Gesundheitspaß einzuführen.

Anschließend umriß der Referent die geplanten Investitionen auf dem Sektor des Spitalbaues. Die Ausgaben für die Krankenanstalten werden sich ohne Investitionen auf rund 1.669 Millionen Schilling, die Höhe der Investitionen auf zirka 234 Millionen Schilling auf dem Inventarsektor, auf baulichem Sektor auf 28,5 Millionen belaufen, so daß mit Gesamtausgaben von 1.931 Millionen zu rechnen sei. Die Gesamtdifferenz zwischen Einnahmen und Ausgaben auf dem Spitalsektor sei für das kommende Jahr mit 1.079 Millionen Schilling veranschlagt, wobei nahezu 60 Prozent auf Personalkosten entfallen. Um der ständigen Entwicklung der medizinischen Wissenschaft Rechnung zu tragen, müsse man sich damit abfinden, daß nahezu jedes Krankenhaus eine dauernde Baustelle bleibe

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses seien von Bund und Gemeinde 240 Millionen vorgesehen. 180 Millionen Schilling werden für Fertigstellungsarbeiten an der II. Chirurgischen Universitätsklinik und der I. Universitäts-Frauenklinik eingesetzt. Von besonderer Bedeutung sei die Errichtung einer Kardiologie und einer Klinik für Strahlentherapie im ehemaligen Garnisonsspital. Für den Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung habe man 32 Millionen vorgesehen, 26 Millionen beträgt die Baurate für die Fortsetzung des Neubaus der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital. Das Mautner Markhof'sche Kinderspital erhalte ebenso wie das Preyer'sche Kinderspital einen neuen Operationstrakt. Als besonders erfreulich bezeichnete der Referent die Errichtung eines großen Pavillons für gehirngeschädigte Kinder auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel, der einen Aufwand von 140 Millionen Schilling erfordern wird.

Schließlich berichtete Stadtrat Glück, daß sich die Bettenzentrale ebenso wie der kürzlich geschaffene Ärztenotdienst für Sonn- und Feiertage ausgezeichnet bewähre und von den Gesundheitsbehörden anderer Großstädte als nachahmenswert empfunden werde.

Nach einem Überblick über die Situation des Pflegepersonals stellte der Gesundheitsstadtrat abschließend fest, daß die praktische und wissenschaftliche Arbeit der Ärzte in den städtischen Anstalten den hervorragenden Ruf der Wiener Medizinischen Schule weiter gefestigt und vergrößert habe. Eine Reihe dieser Ärzte sei zu Präsidenten internationaler medizinischer Gesellschaften gewählt worden und 300 Teilnehmer an internationalen Kongressen und Tagungen hätten durch die von ihnen gehaltenen Referate und Vorträge internationale Beachtung gefunden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Richtigstellung

=====

Wien, 12.12. (RK) In unserer Donnerstag-Aussendung soll auf Blatt 3571 der dritte Absatz richtig folgendermaßen lauten:

"Wenige Zahlen stehen uns über die Auswirkungen des Wiener Unfallfürsorgesetzes zur Verfügung. Derzeit stehen 4.230 Dienstunfälle und 46 Berufserkrankungen in Behandlung. Die wenigen bereits entschiedenen Fälle geben Aufschluß über die Durchschnittshöhe solcher Renten, sie beträgt 3.525 Schilling."

+

Auf Blatt 3573 soll es richtig heißen, daß die echte Erhöhung des Reallohnes zum 1. August 1970 (nicht Jänner 1972) mindestens 5,8 Prozent betragen wird.

- - -

staedtebund kondoliert zum ableben des generalsekretaers
des rates der gemeinden europas

3 wien, 12.12. (rk) der oesterreichische staedtband hat an den
rat der gemeinden europas folgendes kondolenztelegramm abgeschickt:
"namens seiner mitgliedsgemeinden bringt der oesterreichische
staedtebund anlaesslich des ploetzlichen todes des general-
sekretaers des rates der gemeinden europas, des herrn jean bareth,
seine tiefempfundene anteilnahme zum ausdruck.

der rat der gemeinden europas hat durch den tod seines general-
sekretaers einen ueberaus schweren verlust erlitten, den zweifel-
los nicht nur seine vielen freunde als schmerzlich empfinden,
sondern auch alle jene, denen das erstrebte europa der gemeinden,
dem sich jean bareth so sehr verbunden fuehlte, eine herzensange-
legenheit ist.

der oesterreichische staedtebund wird herrn bareth stets ein
ehrendes angedenken bewahren".

0914

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

5 wien, 12.12. (rk) in der kommenden woche finden
folgende wiener bezirksvertretungssitzungen statt:

dienstag, 16. dezember:

15 uhr, floridsdorf, 21, am spitz 1/201, amtshaus.

17.30 uhr, mariahilf, wegen bauarbeiten 7, hermanngasse 24,
2. stock, zimmer 208.

1004

weihnachtstisch der wiener reich gedeckt, aber:

fleisch, wild und fische teurer, gefluegel etwas billiger

4 wien, 12.12. (rk) der weihnachtstisch der wiener wird, wie das marktamt berichtet, auch heuer wieder reich gedeckt sein. hinsichtlich der preise gibt es jedoch veraenderungen, die der weihnachtlichen vorfreude der hausfrau zweifellos abbruch tun: fleisch, wild und fische sind teurer geworden. beim gefluegel werden truthuehner, back- und brathuehner, suppenhuehner und poularden bis zu 2 schilling je kilo billiger sein, waehrend die preise fuer enten voraussichtlich unveraendert bleiben.

neben g e f l u e g e l aus dem inland werden 1.570 tonnen importware zum verkauf bereitgehalten, und zwar hauptsaechlich gaense, truthuehner, enten, jung- und suppenhuehner, poularden sowie junggefuegelteile und gefluegelleber.

importgaense wurden von der entrichtung des zolles und der ausgleichssteuer freigestellt. diese zollpolitischen massnahmen muessen dem konsumenten zur gaenze zugute kommen.

aus ungarnd werden 410 tonnen gaense importiert. infolge der hohen weltmarktpreise liegt der verbraucherpreis trotz der zollpolitischen massnahmen bis 6 schilling ueber dem vorjahrespreis.

e i e r sind genuegend vorhanden, die versorgung der bevoelkerung ist gesichert. da die inlandaufbringung den bedarf nicht decken kann, stehen genuegend importeier, vor allem aus den oststaaten, zur verfuegung. in den kuehllagerhaeusern befinden sich 3,600.000 stueck. aus den oststaaten werden 50 waggons eier erwartet. die verbraucherpreise fuer inlandeier sind fast unveraendert, auslaendische eier sind an der preisobergrenze um 8 groschen je stueck billiger.

die zufuehren von f i s c h e n werden ausreichend sein. an suesswasserfischen wurden rund 245 tonnen karpfen angeliefert. die anlieferung von frischen und tiefgekuehlten seefischen ist infolge der schlechten fangergebnisse etwas geringer, sie betraegt rund 660 tonnen gegenueber 700 tonnen im vorjahr. die preise liegen allgemein bis zu 4 schilling je kilogramm hoeher als im vorjahr.

f r i s c h f l e i s c h wird zu den feiertagen in ausreichenden mengen vorhanden sein. in den kuehllagerhaeusern lagern 1.300 tonnen fleisch und fleischwaren sowie innereien. die preise fuer rindfleisch haben sich einigermassen stabilisiert, liegen jedoch noch beträchtlich ueber den vorjahrspreisen. auch die verbraucherpreise fuer schweinefleisch sind hoeher als im vorjahr.

bei kalbfleisch ist die inlandaufbringung nicht zufriedenstellend. importe werden so rechtzeitig erwartet, dass ein weiteres ansteigen der bereits beträchtlich ueber dem vorjahr liegenden verbraucherpreise nicht zu befuerchten ist.

eine verknappung bei selchfleisch oder ein wesentliches ansteigen der preise wird nicht erwartet.

auch w i l d wird ausreichend zur verfuegung stehen, zumal die nachfrage erfahrungsgemaess zu weihnachten geringer ist. in den kuehllagerhaeusern lagern 70 tonnen. die preise sind bei gleichbleibendem angebot wesentlich hoeher als im vorjahr

auch tiefkuehlgemuese teurer

g l a s h a u s s a l a t wird wohl immer weniger angeliefert. fuer die weihnachtsfeiertage stehen jedoch ausreichende mengen an salatgemuese zur verfuegung, vor allem grund- und glashaussalat aus spanien, italien und holland. mit der aufhebung der importsperrre ist ab mitte dezember zu rechnen. der heimische chinakohl, der als salatgemuese sehr geschaezt wird, wird in genuegenden mengen vorhanden sein.

auch an sellerie, roten rieben, vogelsalat sowie kartoffeln und zwiebeln wird kein mangel herrschen. die um diese jahreszeit geringe nachfrage nach tomaten und gurken wird durch importe aus spanien und holland voll gedeckt.

auch tiefgekuehltes gemuese ist genuegend vorhanden. hier liegen die preise etwas hoeher als im vorjahr.

auf dem obstsektor ist mit einer reichlichen marktbeschickung mit aepfel aus dem inland zu rechnen, die heuer besonders preisguenstig angeboten werden koennen. die zufuehren an italienischen birnen haben bereits eingesetzt. bei bananen ist mit einer stabilen marktlage zu rechnen. auch orangen, klementinen und mandarinen werden reichlich und preisguenstig feilgehalten werden.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)Debatte Wohlfahrtswesen
=====

Wien, 12.12.(RK) Zum Ende ihres Referates dankte unter dem Applaus aller Fraktionen Stadträtin Jacobi im Namen der Stadtverwaltung den Wiener Fürsorgeräten, deren Funktion mit Ende 1969 ausläuft: "Sie haben - im besonderen Maße in den Zeiten der Not nach Kriegsende - für alle Bedürftigen Wiens eine nicht hoch genug einzuschätzende Aufgabe erfüllt."

GR. Müller (DFP) eröffnet die Debatte. Er vermißt eine Ausgabepost für die Errichtung der Sozialberatungsstellen, die die Arbeit der Fürsorgeräte übernehmen sollen. Er stellt die Frage, wieviele solche Beratungsstellen eingerichtet werden, wieviele Beamte dort eingesetzt werden sollen und welche Mittel hierfür notwendig sind.

Die Elternbeiträge für Kindertagesheime seien zu hoch. Die Zahl der Kinder in den einzelnen Gruppen müste gesenkt werden. Der für die Fortbildung des Personals veranschlagte Betrag von 3.000 Schilling sei lächerlich.

Die Einhebung eines Obolus in den Pensionistenklubs, die Zahl jener die ihn leisten sei ohnedies gering, wäre abzuschaffen.

GR. Prof. Fritz Wolfram (FPÖ) bemängelte die geringe Steigerung der Ansätze des Wohlfahrtsbudgets.

Ein Sparen beim Kindergartenbau ist unverantwortlich, zumal das SPÖ-Schulprogramm den Anspruch jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz festhält. Die nach Einkommen gestaffelten Elternbeiträge für die Kindergärten sind nach Meinung des Redners zu hoch. Vergleiche mit privaten Kindergärten, aber auch mit den Elternbeiträgen in Salzburg, fallen zu Ungunsten der Wiener Verhältnisse aus.

Auch die Ansätze für die Pensionistenklubs sowie für die Mietzins- und Wohnbeihilfen hält Wolfram für zu niedrig.

Die Erhöhung der Mittel für Dauerunterstützte um 15 Millionen Schilling ist sehr erfreulich. Der Redner regt jedoch eine Analyse über die Ursache dieser Fürsorgefälle an. Ein Vorschlag der FPÖ zu den Pensionistenheimen: die Einrichtung von Abteilungen für Pflegefälle.

GR. Wolfram kam dann auf das Jugendschutzgesetz zu sprechen und bedauerte die wenig effektive Durchsetzung der "Schmutz- und Schund"-Bestimmungen, des Rauchverbots in der Öffentlichkeit und des Alkoholausschankverbots. Die Polizei kapitulierte einfach vor diesem Problem. Auch hinsichtlich der "neuen Welle" Rauschgift seien rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu überlegen. Es ist bedauerlich, daß die vielfach gegen das Establishment rebellierende Jugend gerade dessen Unsitten nachahmt.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) erhob die Forderung, in den Pensionistenklubs die Einkommensgrenze fallen zu lassen und für eine Auflockerung des Klubbetriebes zu sorgen. Es solle auch der sein Häferl Kaffee erhalten, der nicht eine bestimmte Stundenzahl "abgesessen" hat.

Bei den Muttertagsfeiern müßte darauf Rücksicht genommen werden, daß für ältere Personen eine zweieinhalbstündige Autofahrt auf den Kahlenberg als nicht gerade angenehm empfunden wird.

Zur Urlaubsaktion: Mit 500 Schilling für vierzehn Tage für Alleinstehende und 750 Schilling für Ehepaare sind die Kosten zu hoch. Das Wohlfahrtsamt von Linz trägt beispielsweise die Gesamtkosten des Urlaubsaufenthaltes für ältere Menschen, wenn das Einkommen eines Alleinstehenden nicht mehr als 1.300 Schilling, das eines Ehepaares nicht mehr als 1.700 Schilling beträgt.

Für die drei städtischen Wiener Pensionistenheime liegen 6.000 Vormerkungen vor. Neben diesen Heimen gibt es noch 25 andere Heime auf konfessioneller oder caritativer Basis. Eine Möglichkeit, ältere Menschen längere Zeit in der eigenen Wohnung zu belassen, sei die Sanierung der Althäuser, der Ausbau der Aktion "Essen auf Rädern" und die Lösung eines weiteren Problems, das bejahrten Personen Schwierigkeiten bereitet: das Waschen der Wäsche. Statt die Fürsorgeräte abzuschaffen, hätte man sie in der Altenbetreuung einsetzen sollen.

Abschließend gab die Debattenrednerin ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Pensionistenfahrchein nicht generell allen Personen über 65 Jahre gewährt wird.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) ging auf die kürzlich fertiggestellte sozialpädagogische Untersuchung über die Wiener Krippenkinder ein: Die jungen Familien verdienen eben zu wenig, als daß die Frauen nach der Geburt eines Kindes daheimbleiben könnten. Mit einer Kleinstkinderzulage wäre hier Wandel zu schaffen, aber das wäre natürlich eine Angelegenheit des Bundes.

Die Rednerin würdigte als besonders erfreulich die Ausweitung der Erholungsfürsorge für Wiener Kinder und die bevorstehenden Versuche der Vorschulerziehung in Halbtagsgruppen von Kindertagesheimen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) bescheinigte zwar dem Wiener Wohlfahrtsbudget eine Steigerung um 8,3 Prozent, stellte dies jedoch der Steigerung des Bundes-Sozialbudgets auf Bundesebene von 16,9 Prozent gegenüber. Auch der Betrag von 5,5 Millionen für Neubauten von Kindertagesheimen sei außerordentlich bescheiden. Die hohe Anzahl von Vormerkungen (1.700 in Favoriten und 1.460 in der Donaustadt) sei daher nicht verwunderlich.

Man könne nur hoffen, daß das gegebene Versprechen, in fünf Jahren 4.000 Kindergartenplätze zusätzlich zu schaffen, erfüllt werde. Ohne die Hilfe der privaten Kindergärten wäre die Situation noch trister. Es wäre zu wünschen, würde eine Subventionierung der privaten Kindergärten erfolgen. Die Rednerin ersucht um Aufklärung, ob es tatsächlich 78 Horte der Kinderfreunde gebe die subventioniert werden? Gegen die Subventionierung an sich wäre nichts einzuwenden. Nur die genannte Zahl dürfte nicht stimmen.

Zu groß sei die Diskrepanz zwischen den Verpflegskosten für Pflegekinder in städtischen Heimen (derzeit zwischen 160 und 180 Schilling täglich) und jenen Gemeindepflegekindern, die in privaten Heimen (40 bis 44 Schilling) untergebracht sind. Jede Hausfrau weiß, daß man mit 40 Schilling pro Tag ein Kind nicht gut ernähren und außerdem noch bekleiden kann.

Behindertenhilfe: Die Rednerin stellt den Antrag auf Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für die Errichtung von Sonderkindergärten. Wir haben in der medizinischen Forschung für das geistig behinderte Kind große Fortschritte gemacht, die fürsorgerische Betreuung und vor allem die Früherfassung lasse jedoch noch viele Wünsche offen.

Mit dem Bau des geplanten Sonderkindergartens Ringelseeplatz wurde leider bisher auch noch nicht begonnen.

Beschäftigungstherapie: Diese Einrichtung werde, wahrscheinlich als Folge des Regreßanspruches nicht genügend ausgenutzt. Besonders groß sei der Wunsch nach einem Blindenwohnheim. Die Stadt Wien müßte hier zumindest bei der Beschaffung des Baugrundes Hilfe leisten.

Die Ansätze für Obdachlosenheime seien zu gering.

Die Vergabep Praxis für Mietzings- und Wohnbeihilfen sei reformbedürftig. Entweder sind die Einkommensgrenzen absichtlich zu niedrig gehalten, oder viele Betroffene wissen nicht, daß sie einen Anspruch haben.

Sozialberatungsstellen: Ein seinerzeitiger diesbezüglicher Antrag ihrer Fraktion auf Errichtung von medizinischen und sozialen Beratungsstellen für ältere Menschen neben der bestehenden Einrichtung der Fürsorgeräte - wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nicht ausreichend Personal vorhanden wäre. Es erhebt sich nun die Frage, ob nun ausreichend Personal vorhanden sei.

GR. Rosenberger (SPÖ) stellt - unter dem Beifall seiner Fraktion fest, daß die sozialen Einrichtungen Wiens zu Maßstäben für die sozialen Errungenschaften in der ganzen Welt geworden sind. "Wir haben Errungenschaften nicht nur gehalten, sondern ausgebaut und wir werden sie mit den Mitteln des künftigen Budgets weiterhin ausbauen".

Im Detail wendet er sich der Sozialhilfe zu und stellt fest, daß die 7.000 Dauerbefürsorgten - 0,04 Prozent der gesamten Bevölkerung Wiens - nicht nur materielle Hilfe erhalten, sondern auch ideelle. "Nur in den wenigsten Fällen kommen Menschen zu uns, die Geld wollen. Zumeist ist es das Begehren nach Hilfe im menschlichen Bereich. Früher seien es übrigens 10.000 Dauerbefürsorgte gewesen. Der Rückgang wäre der Erfolg der sozialistischen Sozialpolitik, und, dank der Initiativen in diesem Hause, in den meisten Fällen gesetzlich verankertes Recht geworden.

"Fast ein Viertel der Wiener Bevölkerung ist älter als 60 Jahre. 46 Prozent davon verdienen weniger als 2.000 Schilling im Monat. Dennoch ist es kein materielles Problem, das man

lösen muß, sondern ein zutiefst Menschliches." Von den Muttertagsfeiern bis zu den Pensionistenklubs und dem Essen auf Rädern gibt es eine ganze Liste von Sozialleistungen, die beispielgebend sind. "Unsere Sozialhilfe umfaßt die Menschenwürde; das Grundsatzkonzept der ÖVP ist gegenüber dem Humanprogramm der SPÖ schlechthin im Hintertreffen."

Nach minutenlangen heftigen Zwischenrufen zum Thema "Witwenpension" - Rosenberger hatte die mangelnde Parlamentinitiative der Regierungspartei aufs Korn genommen, wofür ihm die ÖVP-Fraktion und die Freiheitlichen im Gemeinderat gleiches aus der Stadtverwaltung vorwarfen - schließt er: "Die vorliegenden Budgetansätze gewährleisten die Beibehaltung des Aufwärtstrends unserer Sozialarbeit."

In ihrem Schlußwort stellte Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi zunächst fest, daß Vergleiche zwischen den Sozialbudgets des Bundes und der Stadt Wien hinken, die Aufgaben sind zu unterschiedlich.

Anfragen zu den Witwenpensionen fallen nicht in ihr Ressort, daher könne sie nicht dazu Stellung nehmen.

Zu den Kindergärten: "Seien Sie mit mir stolz auf unsere gemeinsamen Leistungen". In den letzten zehn Jahren konnten immerhin 179 neue Gruppen für 14.000 bis 15.000 Kinder geschaffen werden. Jedoch ist diese Frage nicht nur ein Bauproblem sondern auch eine Personalfrage. Wir sind bemüht, möglichst viel Nachwuchskräfte heranzubilden.

Zu den Elternbeiträgen in Kindergärten: Man muß bei Vergleichen mit anderen Städten die gesamte Finanzgebarung heranziehen und nicht nur einen einzigen Posten. Im übrigen leisten 71,2 Prozent der Eltern nur Beiträge bis zu 50 Schilling.

Die Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wird - was zu bedauern ist - durch das Personalproblem bei der Polizei erschwert. Immerhin wurden 1969 bisher 790 Bestrafungen ausgesprochen, davon 349 gegen Jugendliche, 343 gegen Aufsichtspersonen und 98 gegen Unternehmer. Das Rauchen in der Öffentlichkeit kann in erster Linie durch entsprechende Erziehung im Elternhaus unterbunden werden. Das Rauschgiftproblem wird genau verfolgt.

Bei den Verpflegskosten für Heime werden immer entsprechende Beträge auch für Umbauten angesetzt. Für größere Umbauten werden langfristige Zuschüsse gewährt.

Hinsichtlich der Befürchtung, daß die vorgesehenen acht Millionen Schilling für die Behindertenhilfe nicht ausgegeben werden, erklärte Stadträtin Jacobi, daß sie froh sei, über einen gewissen Spielraum für unvorhergesehene Fälle zu verfügen.

Zu der kritisierten Senkung der Mittel für die Wohnbeihilfe von 25 Millionen auf 5 Millionen Schilling: Es ist zu beachten, daß die Stundungsbeiträge nicht mehr im Wohlfahrtsbudget sondern im Budget der Geschäftsgruppe XI aufscheinen.

Für die Aufnahme in Pensionistenklubs gibt es keine Einkommensgrenzen, stellte die Stadträtin klar. Ihre Zahl wird bei Bedarf sofort vergrößert, derzeit haben wir niemand auf der Warteliste. Pflegeabteilungen sind bei im Bau befindlichen Pensionistenheimen vorgesehen, Intensivpflegebedürftige müssen jedoch in geriatrische Abteilungen der Altersheime eingewiesen werden.

Abstimmung: Der Antrag der ÖVP (Kindergartengesetz) wurde zugewiesen. Die Ansätze des vierten Hauptstückes wurden einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Russische Unterrichtsfachleute im Wiener Rathaus
=====

Wien, 12. 12. (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing Freitag in seinem Arbeitszimmer eine unter der Leitung des stellvertretenden sowjetischen Unterrichtsministers M. Kaschin stehende Delegation. Die russischen Bildungs- und Unterrichtsexperten studierten über Einladung des Unterrichtsministeriums in den vergangenen Tagen Einrichtungen des Schul- und Bildungswesens in der Bundeshauptstadt sowie in Salzburg und Klagenfurt. Bei ihrem Rathausbesuch wurde die Delegation vom Botschafter der UdSSR in Österreich, Boris Podzerob, begleitet.

- - -

Antrittsbesuch des tunesischen Geschäftsträgers
=====

Wien, 12. 12. (RK) Der Geschäftsträger der in Wien neu errichteten tunesischen Botschaft Sadek Bouzayen stattete Freitag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer einen Antrittsbesuch ab.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

Wien, 12. 12. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 bis 5 S, Karotten 4 bis 5 S, Weißkraut 3 bis 4 S, Kohl 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 5 bis 7 S, Bananen 7 bis 8 S, Orangen 5.50 S, Mandarinen 10 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichts.)

Wohlfahrtsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 12.12. (RK) In ihrem Referat zum Kapitel Wohlfahrtswesen (Ausgaben: 970 Millionen) bezeichnete Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ) die Wohlfahrtsinvestitionen für 1970 als die erste "Tranche" des sozialistischen Arbeitsprogrammes für die kommenden fünf Jahre. Wichtigstes Vorhaben ist der für das Frühjahr geplante Baubeginn für die Stadt des Kindes. Bauzeit ungefähr drei Jahre.

1.221 Kinder leben bei Pflegeeltern. Die Pflegeplätze sollen besser dotiert werden.

39 Millionen sind für den Bau von Kindertagesheimen vorgesehen. Insgesamt sind für Kindertagesheime 275 Millionen Ausgaben budgetiert. Allein für den Betrieb der Heime schießt die Stadt Wien 220 Millionen zu.

Für die Erwachsenenfürsorge sind 334 Millionen vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt 1970 in der Schaffung eines Landes-Sozialhilfegesetzes.

Die Aktion "Essen auf Rädern" betreut derzeit 620 Personen, 1.300 Anmeldungen liegen vor. Ein weiterer Ausbau ist geplant.

Die Berechtigungen für den Pensionistenausweis sollen im kommenden Jahr erweitert werden. Je ein neues Pensionistenheim wird in Simmering und Floridsdorf zu bauen begonnen. Zwei Pensionistenheime im 3. und 19. Bezirk werden 1970 fertiggestellt.

Das Kapitel Wohlfahrtswesen wurde einstimmig angenommen.

An der Debatte darüber beteiligten sich sechs Redner.

GR. Müller (DFP) bezeichnet die Elternbeiträge für Kindertagesheime als zu hoch.

GR. Wolfram (FPÖ) bemängelt die geringe Steigerung der Ansätze des Wohlfahrtsbudgets insgesamt. In den Pensionistenheimen solle man Abteilungen für Pflegefälle einrichten.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) verlangt die Steigerung der Einkommensgrenze für die Pensionistenklubs und bezeichnet die Kosten für die Urlaubsaktion als zu hoch. Statt die Fürsorgeräte abzuschaffen, hätte man sie in der Altenbetreuung einsetzen sollen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) beschäftigt sich mit der Untersuchung über die Wiener Krippenkinder. Die jungen Familien ver-

dienen zu wenig, deshalb können die Frauen nicht daheim bleiben. Der Bund sollte deshalb eine Kleinstkinderzulage schaffen.

GR. Marga Hubinek (ÖVP): Allein in Favoriten beträgt die Zahl der Vormerkungen für Kindergärten 1.700. Hoffentlich wird das Versprechen, in fünf Jahren 4.000 Kindergartenplätze zu schaffen, erfüllt. Für die Errichtung von Sonderkindergärten (Antrag) sollen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Letzter Debattenredner war GR. Rosenberger (SPÖ). Er stellte fest, daß die sozialen Einrichtungen Wiens zu Maßstäben für die sozialen Errungenschaften in der ganzen Welt geworden sind. Den Dauerbefürsorgten geht es heute nicht so sehr um materielle Hilfe, sondern um menschliche Betreuung. Bei den Ausführungen des Redners zum Thema Witwenpension kommt es zu lebhaften Zwischenrufen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

die gutachten zur vierten donaubruecke
bruecke wird wie vorgesehen fertig

15 wien, 12.12. (rk) dem bautenministerium und der gemeinde wien wurde nun eine zusammenfassende stellungnahme zum schadenfall an der vierten donaubruecke uebergeben. bei den gutachtern, die bekanntlich unmittelbar nach dem schadensereignis vom 6. november 1969 beauftragt worden waren, handelt es sich um die beiden grazer professoren dipl.ing. dr. konrad s a t t l e r und dipl.ing.dr. friedrich r e s i n g e r sowie um den berliner professor dipl.ing. dr. karlheinz r o i k.

aus der darstellung der gutachter geht hervor, dass fuer den eintritt des schadens das zusammenspiel mehrerer faktoren massgeblich war: die verteilung des montagegewichtes der bruecke, eine ungleichmaessige temperaturdehnung zum zeitpunkt des brueckenschlusses, konstruktive und unvermeidbare ausfuehrungsungenauigkeiten, die in dieser kombination in den berechnungen nicht vorgesehen waren. hingegen waren die lagerung der bruecke und das material einwandfrei.

die von der ausfuehrenden firma bereits in einer pressekonferenz am 7. november 1969 abgegebene erklaerung, wonach sie das bauwerk zu den vertraglich vereinbarten kosten termingerecht bis zum herbst 1970 fertigstellen wird, wurde nach vorliegen der gutachten neuerlich bekraeftigt.

die zusammenfassende darstellung der gutachten hat folgenden wortlaut:

"1. der berechnung der montagespannungen wurde eine gleichmaessig verteilte staendige last zugrunde gelegt. die tatsaechliche verteilung des konstruktionsgewichtes weicht von dieser annahme ab und ergab an einer der schadensstellen unguenstigere verhaeltnisse, sodass sich in wirklichkeit an dieser stelle groessere spannungen und damit kleinere beul- und tragsicherheiten ergeben haben.

./.

2. die temperatureinwirkung in der stahlkonstruktion am tage des brueckenschlusses war in einer groesse, wie sie von den bauverantwortlichen nach temperaturbeobachtungen der vorangegangenen tage nicht erwartet wurde. sie war daher in der statischen berechnung nicht beruecksichtigt. hiedurch wurden die tragsicherheiten verringert.

3. ausserdem verminderten konstruktive sowie unvermeidbare imperfektionen (abweichungen von den rechnungsmaessigen idealformen) die tragsicherheit. die beruecksichtigung dieser imperfektionen ist nach den vorschriften nicht notwendig, sondern durch die geforderten sicherheitsfaktoren abgedeckt. im vorliegenden falle, in dem durch die angegebenen ursachen jedoch die tragsicherheit bereits entsprechend gering war, lieferten diese imperfektionen einen nicht unwesentlichen anteil an der versagensursache.

4. das versagen des gesamten kastenuntergurtes an einer stelle hatte zunaechst das versagen des gesamtquerschnitts zur folge. dadurch wurden zwangslaeufig kraefte umgelagert, die alle weiteren schaeden als folgeerscheinungen erkl hoeren.

5. auf grund der durchgefuehrten untersuchungen geht zweifelsfrei hervor, das die lagerung der bruecke jederzeit einwandfrei funktioniert hat und keinen einfluss auf das versagen der bruecke hatte.

6 in der statischen berechnung des montagezustandes, soweit sie zur untersuchung des schadensfalles ueberprueft wurde, sind keinerlei numerische rechenfehler vorhanden.

7. es besteht kein grund, die ursache der aufgetretenen schaeden in einem materialfehler zu suchen''.

Wien bekommt Wasser aus Moosbrunn
=====Stadtrat Heller zu Wasserrechtsbesprechungen

Wien, 12. 12. (RK) Stadtrat Heller teilte in einem Informationsgespräch mit Journalisten mit, daß er von Minister Dr. Schleinzer einen Brief bekommen habe, in dem das Kresser-Gutachten für verbindlich erklärt wird. Danach könnten für die dritte Wiener Wasserleitung 800 Sekundenliter aus zwei Brunnen in Moosbrunn entnommen werden, nicht aber weitere 400 Sekundenliter aus einem Brunnen in Ebreichsdorf. Diese Berechtigung sei allerdings an fünf Punkte geknüpft, die innerhalb einer Sechs-Monate-Frist zu erfüllen seien. Heller erklärte, die Stellungnahme Wiens hierzu werde bereits im Jänner 1970 vorliegen.

Über die weitere Vorgangsweise bestehe im übrigen bestes Einvernehmen mit dem Ministerium. Wien werde sich bemühen, zu einer weitgehenden Verbundwirtschaft zu kommen, die ja teilweise schon seit Jahrzehnten praktiziert werde. Denn bereits jetzt würden rund 40 niederösterreichische Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohner aus den Wasserleitungen der Stadt Wien versorgt.

Zu den Grundwasserverhältnissen in Wien erklärte Heller, daß es nach einem kürzlich erstellten Gutachten derzeit rund 900 vergebene Wasserrechte für die Lieferung von etwa drei Millionen Kubikmeter Wasser pro Tag gebe. Es gebe jedoch jedoch - wenn man von ein paar bescheidenen Gebieten in zukünftigen Industrieansiedlungszonenabsicht - kaum weitere Grundwasservorkommen.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gesundheitsdebatte

=====

Wien, 12.12. (RK) GR. Dr. Tuma bezeichnete es als schwierig, in Wien rechtzeitig ein Spitalsbett zu erhalten. Man müsse seine Beziehungen spielen lassen, die "Interventionitis" feiere Trimumphe. Ältere Menschen, die nach Lainz kommen, sehen sich einem System ausgeliefert, das keineswegs ideal funktioniere. Sie müssen in Zimmern bis zu zehn Personen leben und besitzen nicht einmal ein verfsperrbares Kastenabteil, wo sie ihre letzten Habseligkeiten unterbringen können.

Schwere Bedenken lasse die Personalsituation auf dem Gesundheitssektor aufkommen. Bei der 45 Stunden-Woche gibt es einen Unterstand von 600 Personen, nach Einführung der 40 Stunden-Woche werden 1.500 Personen Pflegepersonal fehlen.

Daß sich die Spitalsärzte, wie man gehört habe, um den Nachtdienst reißen, beweist, daß sie unterbezahlt sind. Bei den Ärzten müsse auch das "Arbeitsleid" bezahlt werden.

Der im Budget eingesetzte Betrag von 400.000 Schilling zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten erscheint zu gering.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß der Spitalsaufwand zu einer Belastung der Gemeinden geführt hat, mit der sie aus eigener Kraft nicht mehr fertig werden können. Zur Finanzierung des Spitalsaufwandes der Wiener Gemeindespitäler trägt die Sozialversicherung zirka 500 Millionen bei, der Bund 145 Millionen, sonstige Einnahmen machen 350 Millionen aus und fest 1,2 Milliarden muß die Gemeinde Wien aus Budgetmitteln zuschießen. Es sei beschämend, daß die verantwortlichen Stellen im Staat dieser Entwicklung praktisch tatenlos zusehen. Es müssen entsprechende Möglichkeiten durch den Finanzausgleich geschaffen werden. Selbstverständlich müssen auch die Krankenkassen stärker beteiligt werden. Durch entsprechende Krankheitsverhütung und Früherkennung von Krankheiten könnte eine gewisse Entlastung der Spitäler erzielt werden.

Der Redner fordert, groß angelegte Untersuchungsaktionen auch für Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen und eine ausreichende Vermehrung der Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen für die Früherkennung von Krebs. Die Zeit des durchschnittlichen

Spitalsaufenthaltes, derzeit 18 Tage pro Patient - könnte sich durch ambulante Voruntersuchungen, wie sie im Hanusch-Krankenhaus bereits angewendet werden, günstig beeinflussen werden.

Dringend notwendig wäre die seit langem versprochene Errichtung von Alterspflegeheimen. Für die Modernisierung der Altersheime müßten mehr Mittel aufgewendet werden. Ob sich jedoch der Umbau des Altersheimes Baumgarten, es sind hierfür 85 Millionen veranschlagt, rentiere, sei zu bezweifeln.

Die Einnahmensteigerung bei den Jugendzahnkliniken dürfte auf die Höhe der Behandlungskosten zurückzuführen sein. Der Redner ersucht um Aufklärung, welche dienstrechtlichen Schritte gegen jenen Arzt unternommen wurden, der den Ankauf von kieferorthopädischen Platten zu weit überhöhten Preisen veranlaßt hat und wieso es so lange bis zur Abstellung des Übelstandes gedauert hat.

Abschließend stellt der Redner die Frage, welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der bedrohlichen Verunreinigung der Alten Donau durch Wasservögel getroffen wurden. Trotz eindeutiger Untersuchungsbefunde, die auf die große Gefährdung hingewiesen haben, ließ sich der Bürgermeister nicht davon abhalten, in seiner Sonntagsrede eine diametrale Stellung zu nehmen. Wer übernimmt die Verantwortung, das Gesundheitsamt oder der Herr Bürgermeister.

GR. Dr. Goller (ÖVP) würdigte die präventiven Seiten des Gesundheitsdienstes, besonders die Fluortabletten-Aktion in den Schulen, durch die der Anteil der karieskranken Schulkinder in wenigen Jahren von 61 auf 28 Prozent gesunken ist. Ebenso wertvoll ist die jährliche Durchuntersuchung der Kinder in den Kindertagesheimen der Stadt Wien. Hier klefft allerdings eine Lücke: In den privaten Kindergärten gibt es diese Einrichtung nicht. Dr. Goller regte an, daß Stadtrat Dr. Glück mit der Wohlfahrtsstadträtin Kontakt im Sinne einer positiven Regelung dieser Sache aufnehmen solle.

Nach Meinung des Redners wäre für den Presse- und Informationsdienst im Gesundheitswesen eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen. Als zum Beispiel vor einiger Zeit der Bestand an Blutkonserven fast auf Null zusammengeschrumpft war, hätte etwa durch ein

Plakat des Informationsdienstes die Blutspendefreudigkeit angeregt werden können.

Dr. Goller wies auf die alarmierend steigenden Infektionszahlen hin, die durch Geheimprostituierte entstehen. Tatsächlich ist jede fünfte dieser Frauen - ihre Zahl beträgt wahrscheinlich rund 2.000 - geschlechtskrank. Dazu kommt der enge Zusammenhang zwischen Prostitution und Kriminalität. Goller meinte, es sei falsche Prüderie, diese Angelegenheit im Gemeinderat totzuschweigen. Ebenso wenig zielführend sei allerdings auch die Erlassung der bekannten "Verbotszone" in der Kärntner Straße gewesen. Man werde dieses Problem nie gänzlich lösen können, solle es aber nicht weiter verschleppen, sondern wenigstens die ärgsten Auswirkungen besonders der Geheimprostitution einzudämmen versuchen.

GR. Leinkauf (ÖVP) kritisierte, daß es in Wien bei dem immer stärker werdenden Verkehr und der dadurch bedingten zunehmenden Zahl von Verkehrsunfällen nur acht Rettungstationen gäbe. Die beiden Rettungstationen Hernals und Floridsdorf sind zwar fertiggestellt, können aber nicht in Betrieb genommen werden, weil die Finanzverwaltung das Geld für die Einrichtung nicht zur Verfügung stellt. Dazu kommt, daß die acht Stationen über viel zu wenig Einsatzwagen verfügen.

Wie fruchtbar sich das zur Verfügungstellen finanzieller Mittel auswirke, beweise die jetzt wesentlich entspanntere Spitalbettensituation durch die Schaffung der Bettenzentrale. Ungeachtet der Tatsache, daß Wien zu den Städten mit der geringsten Bettennot gehört, müßten dennoch alle Anstrengungen unternommen werden, immer wieder auftretende Engpässe zu vermeiden. Abschließend stellte er fest, daß man der Stadt Wien danken müßte, daß sie sich an den jüngst begründeten Sonntagsdienst finanziell beteiligt, wodurch den Wienern die Angst genommen ist, im Notfall keine ärztliche Hilfe zu finden.

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ): Zwar wird das Leben durch die medizinischen Erkenntnisse verlängert, die Gesundheit wird aber nicht wesentlich verbessert. Ursache dafür seien vor allem die Schäden durch steigenden Alkohol- und Nikotingenuß

Während man in den Vereinigten Staaten allen jenen Prämien bezahlt, die das Rauchen aufgeben, habe man der Forderung eines Schulforums in Deutschland nachgegeben und für Burschen Raucherzimmer, für Mädchen Raucherterrains geschaffen. Sie rege an, eine Station für Exzessivraucher zu schaffen, wo diese unter ärztlicher Mithilfe der Sucht entwöhnt werden können.

Auf die hohen Kosten pro Tag und Spitalsbett eingehend, berichtete sie, Prof. Fellingner habe vorausgesagt, daß diese in den nächsten Jahren auf das drei bis vierfache ansteigen würden. Zunehmende Medikamentenkosten und lange Verweildauer in den Spitälern sind an diesen Kosten maßgeblich beteiligt.

Die vor Jahren von GR. Busta angeregte, jetzt offenbar vor der Verwirklichung stehende vorstationäre Untersuchung werde nicht nur dazu beitragen, die Kosten doch nicht ins Ungemessene ansteigen zu lassen, sondern auch den Kranken Doppeluntersuchungen und unerwünschte Krankenhausaufenthalte zu ersparen. Abschließend beschäftigte sich die Rednerin mit den widersprechenden Meldungen über den Stand der Heilpädagogik in Österreich. Während es nämlich bei dem im September abgehaltenen Kongreß geheißen habe, daß zuständige Kliniken sich nur in Wien und Innsbruck mit gehirngeschädigten Kindern beschäftigen, habe Gemeinderätin Hubinek sich in einer Zeitungsmeldung dahingehend geäußert, daß selbst die Bundesländer Tirol und Kärnten in der Früherfassung spastisch gelähmter Kinder allen übrigen österreichischen Städten weit voraus seien und Wien alle Anstrengungen unternehmen müsse, um entsprechende Einrichtungen und Fürsorgegesetze zu schaffen.

GR. Lehner (ÖVP) stellt fest, daß eine ständig wachsende Anteilnahme breiter Bevölkerungskreise an den Bauten und notwendigen Gelderfordernissen des Gesundheitssektors bestehe. "Es ist keine schlechtere Dotierung als im vergangenen Jahr, aber immer noch zu wenig, jeder will den bescheidenen Wohlstand genießen und gesund bleiben".

Erfreut ist der Redner über den Ausbau der Unfallspitäler im Bannkreis Wiens. Er rühmt die lange Liste der Umbauten, Neubauten etc. und bricht eine Lanze für das psychiatrische Krankenhaus am Steinhof. Hier müßte mehr getan werden. "Die Verpflegsätze sind zu niedrig, da gerade diese Patienten im Essen ihre Hauptbeschäftigung sehen".

Altersheime: Sie sind schon mehr Alterskrankenhäuser. Beherbergte Lainz kurz nach der Gründung 10 Prozent Bettlagerige, so sind es heute nur mehr 10 Prozent Gehfähige!

Der Redner fordert sodann mehr Betten für Floridsdorf und eine endliche Realisation des Krankenhauses Ost. "Es bleibt das Problem, finanzielle Mittel zu streuen oder zu konzentrieren. Ich bin für's Konzentrieren". Ein weiteres Problem zieht er an, indem er die großen Kosten für Spitäler, die in wenigen Jahren schon der Spitzhacke zum Opfer fallen werden, feststellt. "Wir können die Kranken aber nicht verträsten".

Zum Humanprogramm der SPÖ: Hier wird etwas für den Wahlkampf verbreitet - Zwischenruf der SPÖ: "Ja, aber aus Parteigeldern!" - Die ÖVP habe so etwas auch schon gehabt aber ihr Sozialministerium habe Vieles ohne zu reden bereits verwirklicht "Aber halten wir doch die Gesundheitspolitik aus der Streitpolitik heraus".

GR. Dr. Kurt Zemann (SPÖ) lobte die großen Erfolge der Polioimpfungen.

Die Einrichtung des Sterilitestlabors bringt bedeutende Fortschritte. Die Tuberkulose-Fürsorgestellen werden laufend modernisiert, die Gesundheitszentren ausgebaut. Gute Fortschritte erzielt die Behindertenfürsorge bei Haltungsschäden von Schulkindern. An zahlreichen Schulen wird für diese Kinder spezieller Turnunterricht geboten, jedoch müsse noch einiges für die Beschaffung körpergerechterer Schulmöbel getan werden.

Der Redner vertrat schließlich die Ansicht, daß für die Gesundheit der Bürger die eingesetzten Mittel nie hoch genug sein können.

In seinem Schlußwort sagte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten in den Spitälern bisher nur leicht gesunken sei: von 22 auf 20 Tage. Sie soll durch vorstationäre Untersuchung weiter verkürzt werden.

Das Personalproblem könne solange nicht als gelöst bezeichnet werden, als Betten gesperrt sind. In naher Zukunft muß mit dem Ausscheiden von rund 550 geistlichen Schwestern gerechnet werden, wofür als Ersatz 1.100 bis 1.200 Schwestern notwendig sind.

Die Bezahlung hat sich erfreulich gebessert. Schwestern im ersten Dienstjahr erhalten jetzt 3.990 Schilling, vor zehn Jahren waren es nur 1.449 Schilling. Ein Sekundararzt erhält jetzt 10.690 Schilling im Monat, ein Oberarzt 11.500, ein Rettungsarzt 10.900. An Arztnachwuchs besteht kein Mangel.

Während die Gesundenuntersuchungsstellen früher nicht voll ausgelastet waren, ergeben sich jetzt Wartezeiten infolge der Propaganda des Sozialministeriums und der Krebsausstellung im Rathaus. Derartige Untersuchungen können aber von allen Ärzten ausgeführt werden, wovon es in Wien 5.355 gibt, davon 2.830 Fachärzte.

Vom ärztlichen Standpunkt müsse den öffentlichen Häusern der Vorzug gegeben werden; die Situation bei der Geheimprostitution mit 20 bis 25 Prozent Erkrankungen würde dadurch jedoch kaum geändert werden.

Die acht Wiener Rettungsstationen reichen aus, durch den Funk und die Bettenzentrale konnte die Zahl der gefahrenen Kilometer gesenkt werden.

Der Ärzte-Notdienst hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gut eingeführt und zu einer segensreichen Einrichtung entwickelt.

Gegen Alkohol- und Nikotinmißbrauch könne nur durch verstärkte Aufklärung etwas unternommen werden, weniger durch Polizeimaßnahmen.

Der Computer-Einsatz vermag viel administrative Arbeit abzunehmen, nicht jedoch Arbeiten am Bett.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird um 15.50 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden Montag, den 15. Dezember mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Planung) fortgesetzt. Referent: Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ).

- - -

Gesundheitsdebatte (Zusammenfassung)
=====

Wien, 12.12. (RK) In seiner Budgetrede beschäftigte sich Gesundheitsstadtrat Dr. Glück zunächst mit der prophylaktischen Medizin, die in Wien große Erfolge aufzuweisen hat. So konnte die Kinderlähmung durch Impfaktionen zum Verschwinden gebracht werden. Im kommenden Jahr wird eine Gammaglobulinprophylaxe gegen Hepatitis eingeführt werden. Durch die intensive Krebsaufklärung ist die Errichtung von neuen Gesundenuntersuchungsstellen im Allgemeinen Krankenhaus, im Franz Josef-Spital und im Wilhelminenspital notwendig geworden. Alarmierend ist die Entwicklung der Tbc in Wien. Die Zahl der Neuerkrankungen steigt.

Die Jugend muß stärker über den gesundheitsschädlichen Einfluß von Alkohol, Nikotin und Rauschgift aufgeklärt werden. In den letzten zwölf Monaten haben sich nachweislich 104 Jugendliche Opium selbst injiziert. Man rechnet damit, daß heuer bereits 1.000 Jugendliche in Wien diesem Gift verfallen sind. Ein großer Erfolg ist die sinkende Säuglingssterblichkeit (2,5 Prozent). Weiter ausgebaut wird die Fürsorge für Alkoholranke.

Überaus wichtig sei die Familienplanung. Nur durch Sexualerziehung und Eheberatung werde es möglich sein, die Zahl der Abtreibungen (jährlich 100.000 in Österreich), zu verringern. Man denke auch daran, in Wien einen Gesundheitspaß einzuführen.

Von den Gesamtausgaben der Gruppe Gesundheitswesen (2.639 Millionen) entfallen allein auf die Krankenanstalten 1,7 Millionen. Außerdem sind für Investitionen 234 Millionen vorgesehen.

Für den Neubau des AKH sind 240 Millionen vorgesehen, für Arbeiten an der 2. Chirurgischen und der 1. Universitätsfrauenklinik 180 Millionen, für das Rudolfs~~spital~~spital 32 Millionen und 26 Millionen für die Unfallchirurgie im Wilhelminenspital.

Das Gesundheitsbudget wurde mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. In der Debatte sprach GR. Tuma (DFP), der das System im Altersheim Lainz kritisierte. Die Personalsituation auf dem Gesundheitssektor sei sehr bedenklich.

GR.Dr.Hirnschall (FPÖ): Der Spitalsaufwand hat zu einer Belastung der Gemeinden geführt, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Es sei beschämend, daß die verantwortlichen Stellen im Staat dieser Entwicklung tatenlos zusehen. Welche Maßnahmen, fragt er, werden zum Schutz der Bevölkerung vor der Verunreinigung der Alten Donau durch Wasservögel getroffen?

GR.Dr.Goller (ÖVP) lobt die Fluortablettenaktion, durch die die Karies der Schulkinder von 61 auf 28 Prozent gesunken ist. Alarmierend sei die steigende Infektionsgefahr durch Geheimplastikierte. Man solle dieses Problem nicht totschweigen oder verschleiern und die ärgsten Auswüchse einzudämmen versuchen.

GR.Leinkeuf (ÖVP) verlangt mehr Rettungsstationen und mehr Rettungswagen.

GR.Elisabeth Schindler (SPÖ) warnt vor den Folgen des übermäßigen Alkohol- und Nikotingenusses. Die Kosten pro Spitalsbett werden auch in den nächsten Jahren steigen. Die vor der Verwirklichung stehende vorstationäre Behandlung werde Krankenhausaufenthalte sparen helfen.

GR. Lehner (ÖVP) fordert mehr Betten für Floridsdorf und die Realisierung des Krankenhauses Ost.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) lobte die großen Erfolge der Polioimpfungen und die Modernisierung der Tbc-Fürsorgestellen. Für die Gesundheit der Wiener kann man nicht genug Geld aufwenden.

- - -

schneebericht

26 wien, 12.12. (rk) auch in der vergangenen nacht war das personal der stadtreinigung vorwiegend mit der schneeabfuhr beschaefftigt. infolge dieses naechtlichen einsatzes von 2.334 schneearbeitern (davon 732 mann-eigenes personal und 1.602 tagloehner), 110 schneepfluegen, 52 streufahrzeugen, 230 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, zweielf sandlademaschinen und 129 schneeladegeraeten wurden die mariahilferstrasse vom ring bis zur zweielfergasse sowie der guertel von der mariahilfer strasse bis zur westbahnstrasse vom schnee gesaeubert.

freitag, den 12. dezember, entstand am morgen ueberall strassenglaette. das machte die neuerliche ausfahrt von 52 streufahrzeugen notwendig. saemtliche hauptfahrbahnen sind derzeit salzfeucht, zum teil auch schon trocken und durchgehend gut befahrbar. auch fuer heute freitag ist vor-dringlich die freimachung der uebergaenge und weitere schneeabfuhr angeordnet.

die wiener feuerwehr hatte wie in den letzten tagen wieder mehrere hundert ausfahrten zur entfernung von dach-lawinen und eiszapfen zu verzeichnen.

''juwelenhochzeit'' in hietzing

27 wien, 12.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k und wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i statteten freitag mittag dem ersten wiener juwelenhochzeitspaar jakob und pauline k o v a c s im hietzinger pensionistenheim foehrenhof einen besuch ab. der buergermeister und die stadtraetin gratulierte dem paar, das nun schon seit 72 1/2 jahren miteinander verheiratet ist und ueberreichten ehrengeschenke der stadtverwaltung. unter den zahlreichen uebrigen gratulanten befanden sich bezirksvorsteher eduard p o p p und bezirksvorsteher-stellvertreter dipl.ing. josef g e r s t b a c h .

jakob kovacs wurde 1873, seine frau 1874 geboren. beide leben seit vier jahren in dem pensionistenheim. von ihren drei kindern sind noch zwei am leben. die beiden enkel leben in daenemark und in den usa. am 18. dezember werden die ruestigen und unternehmungslustigen alten wiener von hostessen der stadtverwaltung begleitet in das rathaus fahren, um im festsaal an einer ehrung fuer jubelpaare teilzunehmen.

staedtebund-tagung ueber das vermessungswesen

21 wien, 12.12. (rk) probleme und fragen des vermessungswesens standen am programm einer staedtebund-tagung, die freitag abgehalten wurde, und an der vertreter aus ganz oesterreich teilnahmen. im rahmen eines erfahrungsaustausches wurden dabei zahlreiche wuensche und anregungen, die das 1968 geschaffene vermessungsgesetz betrafen, aktuell. dieses gesetz unterscheidet sich in manchen punkten wesentlich von den bauordnungen der jeweiligen laender und verhindert so oft die notwendige zusammenarbeit der laender untereinander.

stadtrat ing. fritz hofmann uebernahm es, die gaeste namens des buergermeisters im rathauskeller zu begruessen, wobei er darauf hinwies, wie wichtig gerade bei planungsaufgaben die unterstuetzung der vermessungsarbeiten sei, die wesentlich zur koordinierung im bauwesen beitragen.

1622

staedtebund zur arbeitszeitverkuerzung

22 wien, 12.12. (rk) der personalausschuss des oesterreichischen staedtebundes hat freitag die frage der arbeitszeitverkuerzung im oeffentlichen dienst behandelt und dabei die von den vertretern der oeffentlichen dienstgeber mit dem verhandlungsausschuss der vier gewerkschaften des oeffentlichen dienstes getroffene vereinbarung vom 24. november zur grundlage seiner beratungen hat sich zu dieser regelung bekannt und empfiehlt auch jenen mitgliedsgemeinden, die nicht bereits gesetzlich an dienstbesoldungs- und arbeitszeitrechtliche bestimmungen des bundesdienstes gebunden sind, sich an die getroffenen vereinbarungen zu halten.

1624

muster-hygieneverordnung beschlossen

19 wien, 12.12. (rk) der rechtsausschuss des oesterreichischen staedtebundes hat donnerstag unter dem vorsitz von magistratsdirektor dr. e r t l neben anderen aktuellen fragen nach einem referat von senatsrat dr. strassmann, wien, den entwurf einer ''muster-hygieneverordnung'' verabschiedet. dieser entwurf wurde in einem speziell fuer diesen zweck eingesetzten komitee unter derleitung von oberstadtphysikus dr. m e l c h i o r , graz, erarbeitet. der verordnungsentwurf soll den gemeinden als grundlage zur erlassung von verordnungen i m e i g e n e n w i r k u n g s b e r e i c h ''zur abwehr von das oertliche gemeinschaftsleben hindernden zustaende'' (muell, staub usw.) dienen.

weiter nahm der rechtausschuss zur frage der uebertragung der besorgung einzelner angelegenheiten des eigenen wirkungsbeereiches der gemeinden auf dem gebiete der oertlichen baupolizei und der oertlichen raumplanung auf die bezirkshauptmannschaften stellung und vertrat nach einem bericht von generalsekretaer s c h w e d a einhellig die meinung, dass von dieser moeglichkeit im interesse der wahrung der gemeindeautonomie nur im falle unbedingter notwendigkeit gebrauch gemacht werden soll.